



## **Niederschrift**

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr  
vom 01.04.2008

im Sitzungsraum 152 des Rathauses Beckum, Weststraße 46, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

## **Tagesordnung**

### Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 28.02.2008 - öffentlicher Teil -
3. Bericht der Verwaltung
4. Beratung der zu bewirtschaftenden Haushaltsstellen für das Jahr 2008  
Vorlage: 2008/0020/1 Beratung
5. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Beckum  
Vorlage: 2008/0045 Beratung
6. Anfragen

## **Anwesenheitsliste**

### Anwesend:

#### Vorsitz

Herr Joachim Mücke

#### CDU-Fraktion

Herr Dieter Beelmann

Herr Stefan König

bis 19.42 Uhr

#### CDU-Sachkundige Bürger

Herr Udo Müller

Herr Josef Schumacher

Vertretung für Herrn Tobias Nordhoff

#### SPD-Fraktion

Herr Albert Pott

Herr Erwin Sadlau

#### SPD-Sachkundige Bürger

Herr Günter Bürsmeier

Herr Heinz Wewer

Vertretung für Herrn Rainer Ottenlips  
bis 20.43 Uhr

#### FWG-Fraktion

Herr Heinz Haske

#### Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jutta Linnemann

bis 20.41 Uhr

#### FDP-Fraktion

Herr Tobias Tärner

#### Verwaltung

Frau Susanne Faust

bis TOP 6, ö.T., 19.18 Uhr

Herr Klaus Fernkorn

Frau Gabriele Günnewig

Herr Heinz-Josef Heuckmann

bis TOP 6, ö.T. 19.18 Uhr

Frau Brigitte Janz

Herr Holger Klaes

bis TOP 6, ö.T., 19.18 Uhr

Frau Silke Knipping

Herr Wolfgang Meier

bis TOP 6, ö.T., 19.18 Uhr

Herr Rudolf Meyer

bis TOP 6, ö.T., 19.18 Uhr

Frau Sandra Oeldemann

ab TOP 1, n.ö.T., 19.27 Uhr

Frau Barbara Ostermann

bis TOP 6, ö.T., 19.18 Uhr

### Nicht anwesend:

#### CDU-Fraktion

Herr Rudolf Goriss

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:56 Uhr

## Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

### Öffentlicher Teil:

#### 1. **Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern**

Anfragen aus der Einwohnerschaft erfolgten nicht.

#### 2. **Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 28.02.2008 - öffentlicher Teil -**

Ratsmitglied Linnemann bat mit Hinweis auf Tagesordnungspunkt 5 ö.T. um dahingehende Ergänzung, dass sie sich für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ausdrücklich unter dem Vorbehalt für die Umsetzung der Maßnahmen ausgesprochen habe, dass diese nicht gebührenrelevant werden. Diesbezüglich habe sie auch eine Ergänzung des Beschlussvorschlages angeregt.

#### 3. **Bericht der Verwaltung**

Frau Janz berichtete zum Maßnahmenkatalog Friedhöfe. Entsprechend des geänderten Beschlussvorschlages in der Sitzung des Ausschusses am 28.02.2008 sei die Empfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss weitergegeben worden. Dieses sei den Änderungslisten zu entnehmen.

Der Stand der Maßnahmen stelle sich wie folgt dar:

##### **Friedhof Elisabethstraße**

Das Abstellgitter an der Wasserstelle sei bereits montiert

Die Abpflanzungen in den Eingangsbereichen seien beauftragt. Die Ausführung sei witterungsabhängig.

Die Umsetzung des Containers im Eingangsbereich der Berufsschule sei abhängig von der Lieferung der Abfallsammelbehälter. Die Firma habe signalisiert, dass die kleinen Behälter im Laufe der Woche geliefert werden.

Hinsichtlich der Herrichtung der Bänke am Hauptweg werde geprüft, ob diese über Spenden finanziert werden können.

##### **Parkfriedhof**

Der Auftrag zur Herrichtung der Holz Sitzflächen von zwei Bänken sei erteilt. Die Ausführung solle bis Mitte April erfolgen.

Der Auftrag zur Überarbeitung des Tores Schulze-Pellengahr sei erfolgt. Nach Auskunft der Mitarbeiter des Eigenbetriebes seien die Arbeiten aufwändiger als zunächst gedacht. Die Ausführung werde bis ca. Ende April erfolgen.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich nach dem Hintergrund für die in den Änderungslisten aufgeführten Kosten für die Maßnahmen auf den Friedhöfen, die nicht den benannten Kosten in der letzten Sitzung entsprechen.

Auf Nachfrage von Frau Janz erklärte Ratsmitglied Haske sich einverstanden, die Beantwortung seiner Anfrage unter TOP 4 vornehmen zu lassen.

Herr Meyer berichtete zu folgenden Themen:

### **Verkehrssituation Paterweg**

In der Sitzung des AUIV vom 28.02.2008 habe Ratsmitglied König die Verkehrssituation am Paterweg in Höhe der VHS angesprochen. Es würde dort wieder verstärkt im Haltverbot sowie in der Bushaltestelle geparkt.

Diese Problematik sei zwischenzeitlich im Fachdienst Öffentliche Ordnung geprüft und erörtert worden.

Seit dem Aus-/Umbau des Paterweges im Jahre 2007 habe sich die durch entsprechende Verkehrszeichen geregelte Situation in den angesprochenen Bereichen dahingehend verändert, dass Schüler des angrenzenden Gymnasiums und Besucher der VHS seit Mitte Januar 2008 den bisher genutzten öffentlichen Parkplatz am Freibad Beckum (Dalmerweg) nicht nutzen können, da dieser wegen des bekannten Umbaus bzw. der Umgestaltung für Fahrzeuge aller Art gesperrt sei. Somit weichen offensichtlich die Fahrzeugführer auf die angrenzenden Verkehrsflächen -auch auf dem Paterweg- aus. Dies habe zur Folge, dass der Parkdruck in dem durch Ratsmitglied König angesprochenen Bereich stark zugenommen habe. Offensichtlich werde dabei auch eine Missachtung des bestehenden Haltverbots in Kauf genommen.

Seitens des Fachdienstes Öffentliche Ordnung werde dieser Bereich jedoch weiterhin kritisch beobachtet und gravierende Verstöße entsprechend geahndet.

Nach Informationen des Fachdienstes Tiefbau sei beabsichtigt, Mitte Mai den öffentlichen Parkplatz am Freibad wieder frei zugeben. Dann sollte sich auch die Parksituation im Nahbereich der VHS am Paterweg wieder entzerrt haben.

### **Stauschaltung im Verlauf des Konrad-Adenauer-Ringes**

Letztmalig sei der Ausschuss in der Sitzung am 06.02.2007 zum Sachstand der Option der Stauschaltung im Verlauf des Konrad-Adenauer-Ringes informiert worden.

Aktuell sei zu berichten, dass zur Option dieser Stauschaltung am 05.03.2008 Herr Fernkorn sowie der Berichterstatter in Münster eine Besprechung mit dem Landesbetrieb geführt haben.

Mit dem Landesbetrieb (LB) konnte Einvernehmen erzielt werden, dass bei Störungen des BAB-Verkehrs die ausgewiesenen U-Strecken ursächlich für die Verkehrsprobleme in der Stadt Beckum seien und insofern ein beiderseitiges Interesse bestehe, durch Stauschaltungen eine Optimierung zu erreichen. Hierfür sei erforderlich, die Situation durch ein Verkehrsgutachten klären zu lassen; federführend für das Verkehrsgutachten solle der LB werden.

Der zu untersuchende Bereich umfasse folgende Lichtsignalanlagen (LSA)

- 1 LSA BAB
- 1 LSA Grevenbrede
- 1 LSA Neubeckumer Straße / Zementstraße
- 1 LSA Zementstraße/Oelder Straße
- 4 LSA im Verlauf des K-A-R

Es sei mit dem LB einvernehmen erzielt worden, dass eine Spaltung der Kosten des Gutachtens entsprechend der Straßenbaulastträgerschaft der LSA angestrebt werden soll.

Herr Ebbeskotte habe zugesagt, die v.g. Option eines Verkehrsgutachtens seitens des Landesbetriebes zu prüfen und das Ergebnis der Prüfung bis zu den Sommerferien der Stadt Beckum mitzuteilen. Sobald weitere Informationen vorliegen, werde darüber berichtet.

Nach Vorlage des Gutachtens ergeben sich weitere Kosten für die Umsetzung des Gutachtens; die konkrete Kostenaufteilung müsse dann noch vereinbart werden.

Herr Heuckmann berichtete zu folgenden Themen:

## **Steinkohledoppelblockkraftwerk RWE Hamm-Uentrop**

Die Bezirksregierung Arnsberg habe mit Bescheid vom 29.02.2008 die Errichtung und den Betrieb des Steinkohle-Doppelblockes am Standort des Kraftwerkes Westfalen in Hamm für RWE Power genehmigt.

Die Genehmigung umfasse im Einzelnen:

Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes als Doppelblockanlage (Blöcke D und E und Hilfsdampfkessel) und eine Gesamtfeuerungswärmeleistung von 4050 MWth; Inbetriebnahme 2011 / 2012.

Änderung des vorhandenen Kraftwerkes (Blöcke A, B und C) infolge der Einbindung der Doppelblockanlage in das bestehende Kraftwerkssystem, verbunden mit der Stilllegung der Blöcke A und B vor Inbetriebnahme des Blockes D. Die Genehmigung des Blocks C läuft in 2014 aus.

Die Genehmigung umfasse 144 Seiten sowie sieben Anlagen über Vorbelastungsmessungen, Ausbreitungsrechnungen, Immissionsbeiträge und Bewertungsmaßstäbe.

Die Stellungnahme der Stadt Beckum wurde im Genehmigungsverfahren wie folgt berücksichtigt:

- Bewertung auch in Anlehnung an die vorsorgeorientierten Grenzwerte Dr. Kruse
- Nachweis der tatsächlichen Emissionen im Betrieb und entsprechende Berechnung der Zusatzbelastung
- Kontinuierliche Quecksilbermessung (es sei denn, der Input wird nachhaltig begrenzt)
- Inputbegrenzung für Arsen (und Schwefel)
- Verpflichtung zur Ermöglichung / Berücksichtigung eines Anschlusses zur Nahwärmenutzung

Die Anlage wird an das öffentliche System der Fernüberwachung angeschlossen, die Daten werden regelmäßig veröffentlicht.

Nicht gefolgt wurde der Anregung, 3 Jahre nach Inbetriebnahme die dann realisierte Immissionsbelastung in Beckum durch Luftbelastungsmessung zu verifizieren.

## **Spielplatz Baugebiet N 67 Vellerner Straße**

Herr Tarner habe in der letzten Sitzung auf die Überschwemmungen am Spielplatz im Baugebiet N 67 hingewiesen und die Prüfung möglicher Haftungen durch den Planer angeregt.

Die Angelegenheit sei geprüft worden. Durch die seinerzeitige Erstellung des Spielplatzes seien die Abfluss- und Versickerungsbedingungen zwangsläufig verändert worden. Dadurch konnte das Oberflächenwasser nicht an allen Stellen wie vorgesehen versickern bzw. ablaufen. Durch den Eigenbetrieb Städtische Betriebe werde dies wiederhergestellt. Die Veränderungen im Untergrund konnten nach Aussage des Gärtnermeisters nicht vorhergesagt werden. Eine Haftung des Planers sei danach nicht gegeben.

Darüber hinaus sei am Dienstag nach Ostern festgestellt worden, dass eine Sandfläche unter Wasser stehe. Ob dieses an der Witterung gelegen habe oder möglicherweise an der Dränage, werde derzeit noch geprüft.

Herr Fernkorn stellte Frau Barbara Ostermann als zukünftige Ansprechpartnerin der Bürgerinnen und Bürger an der Hotline sowie allgemein zur Bürgerinformation im Bereich der getrennten Abwassergebühr vor.

**4. Beratung der zu bewirtschaftenden Haushaltsstellen für das Jahr 2008**  
**Vorlage: 2008/0020/1 Beratung**

Auf Nachfrage des Vorsitzenden hinsichtlich der Vorgehensweise zu diesem Tagesordnungspunkt bestand Einvernehmen, nicht seitenweise alle in Betracht kommenden Haushaltsstellen zu besprechen, sondern nur die, zu denen konkret Anfragen oder Änderungswünsche bestehen.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich, warum die Erstellung der Digitalen Bodenbelastungskarte - S. 328/328 A – 2.12000.94007.999 nicht bereits abgeschlossen sei.

Hierzu erläuterte Herr Heuckmann, dass seinerzeit lediglich eine flächendeckende Untersuchung mit Ausnahme des Innenstadtbereiches beschlossen worden sei, da es zum damaligen Zeitpunkt keine sinnvolle Methode für den Innenbereich gab. Zwischenzeitlich habe sich dieses jedoch geändert. Auf Anfrage der Stadt habe das Landesamt im Jahre 2007 erklärt, dass keine Fördermittel zur Verfügung stehen, ein entsprechender Antrag jedoch für 2008 gestellt werden könne. Dieses sei umgehend erfolgt. Die Haushaltsmittel stehen in diesem Jahr zur Verfügung, jedoch sei die Maßnahme nicht vollständig in einem Jahr abarbeitbar. Daher müsse sie auf weitere Jahre gesplittet werden.

Ratsmitglied Pott erklärte für die SPD- Fraktion, dass diese die Umsetzung in diesem Jahr erwarte.

Nach nochmaligem Hinweis seitens Herrn Heuckmann, dass es nicht an der erforderlichen Finanzierung fehle, sondern die erforderlichen Arbeiten hierzu nicht in diesem Jahr leistbar seien, erklärte Ratsmitglied Pott, dass er dann nur zustimmen werde, wenn diese Maßnahme mit einer VE verbunden werde. Unter Hinweis auf den Etatentwurf erläuterte Herr Klaes, dass dieses bereits der Fall sei.

Des Weiteren erkundigte sich Ratsmitglied Haske, warum der Betrag für die Dynamische Tiefenverdichtung , S. 396, 2.63000.95098.999, von 10.000,00 € auf 20.000,00 € erhöht worden sei.

Herr Fernkorn erläuterte, dass es sich um Kosten für eine Nachverdichtung in der Teilfläche A im Baugebiet 33 handele. Gemäß Baugrundgutachten seien in der Teilfläche A Betonkeller vorgeschrieben. Bei dieser Bauweise seien geringe Nachverdichtungen ausreichend. Zwischenzeitlich habe der Fachdienst Flächenmanagement einige Grundstücke ohne diese Auflage veräußert. Durch die flache Gründung ohne Keller seien in größerem Umfang Nachverdichtungen und der Einbau von Schotter erforderlich. Die Entscheidung werde von Fall zu Fall getroffen.

Weitere Nachfragen des Ratsmitgliedes Haske bezogen sich auf

S. 399, 2.63000.95267.999, Gehwege Lippborger Straße und  
S. 272, 1.21003.54399.999, Reinigungsmittelkosten.

Hinsichtlich der Gehwege Lippborger Straße erklärte Herr Fernkorn, dass es sich um Beteiligungskosten der Stadt am Gehwegbereich zwischen dem Wildgehege Höxberg und der Fa. Beese handele, der vom Kreis saniert werde.

Die Ursache für die Erhöhung der Reinigungsmittelkosten liegt nach Angaben von Herrn Meier in der Einrichtung der offenen Ganztagschule.

Ratsmitglied König erkundigte sich zu folgenden Haushaltsstellen:



- a) S. 193, 1.11000.49000.999, Erhöhung des Ansatzes der Personalausgaben um rd. 40.000,00 €
- b) S. 342, 2.21008.94000.999, versch. geringfügige erweiterungs-, Um- und Ausbauten
- c) S. 380, 2.56000.94009.999, Einfriedung Sportplatz Hellbach
- d) S. 399, 2.63000.95255.999, Radweg Altendiestedder Weg
- e) S. 422, 2.70000.95313.999, behindertenfreundliche Toilettenlage Höxberg

Zu a) Herr Meyer erläuterte, dass es sich nicht um Mehrausgaben aufgrund einer Personalerhöhung handele, sondern die Erhöhung sei begründet durch Beförderung sowie Einbindung der Kosten anteiliger Buchungsstellen.

Zu b) Herr Meier begründete den Ansatz mit der Errichtung einer Unterstellmöglichkeit für die Kehrmachine.

Zu c) Frau Faust wies daraufhin, dass es sich um auszuführende Restarbeiten handele, da die Betonmauer baufällig gewesen sei.

Zu d) Herr Fernkorn berichtete, dass es sich um die Umsetzung einer Idee des Bürgermeisters aus Wadersloh handele. Dieser habe bei diesem Vorhaben die Stadt Beckum um Unterstützung gebeten. Nach Prüfung habe sich herausgestellt, dass die Maßnahme insgesamt auf Beckumer Stadtgebiet liege. Es handele sich um die Verlängerung des „Altendiestedder Weges“ zum Wirtschaftsweg vom Lippweg zum Gut Boyenstein. Die Maßnahme sei bei der Bezirksregierung zur Förderung angemeldet.

Zu e) Herr Meier schilderte, dass sich der Betreiber des Gastronomiebetriebes Höxberg darüber beschwert habe, dass regelmäßig in den Sommermonaten die Toilettenanlagen seines Betriebes von Spaziergängern aufgesucht werden, die nicht Gäste des Hotels bzw. Restaurants sind. Daher sei die Planung zu einer Toilettenanlage entstanden. Diese werde fest am Kanalnetz angeschlossen.

Ratsmitglied Pott forderte, dass die Anlage nicht behindertenfreundlich, sondern behindertengerecht ausgeführt werden solle.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich unter Bezugnahme auf die 2. Änderungsliste, in welchem Verhältnis die dort aufgeführten Kosten zu den Friedhöfen in Höhe von 17.400,00 € sowie 14.750,00 € zu den in der Übersicht zu Top 5 der Sitzung am 28.02.2008 genannten rd. 15.400,00 € stehen.

Frau Janz erläuterte hierzu, dass in der letzten Sitzung die reinen Unterhaltungskosten mit rd. 6.800,00 € und die zusätzliche Herrichtung der Tore mit rd. 8.600,00 € angesetzt worden seien, wobei die Beträge jeweils Material- und Personalkosten beinhalten. Der damalige Vorschlag basierte auf Vorstellung der Verwaltung unter Berücksichtigung der Anträge der CDU-Fraktion vom 09.08.2007 und 16.11.2007. Danach war vorgesehen, nicht alle Maßnahmen in 2008, sondern die Abpflanzung der untergeordneten Abfallsammelstellen erst in 2009 durchzuführen. Ein erneuter Antrag der CDU-Fraktion vom 11.03.2008 beinhaltete dann den Wunsch, alle beantragten Maßnahmen zur Friedhofssanierung im Haushalt 2008 durchzufinanzieren und auch in 2008 umsetzen.

Hinsichtlich der Beträge 17.400,00 € und 14.750,00 € in der 2. Änderungsliste sei festzuhalten, dass diese aus den o.g. Gründen nicht exakt vergleichbar seien mit der bisher genannten Gesamtsumme von 15.400,00 € (6.800,00 € + 8.600,00 €). In der Änderungsliste seien die Haushaltsmittel aus haushaltstechnischen Gründen nicht nach den einzelnen Maßnahmen, sondern nur nach Materialkosten (17.400,00 €) und Personalkosten (14.750,00 €) getrennt aufgeführt worden. Diese beiden Summen beinhalten nunmehr auch die Herrichtung des Mauerwerks im Torbereich und die Abpflanzungen aller Abfallsammelstellen. In der Gesamtsumme von 15.400,00 € waren sowohl die Materialkosten als auch die Personalkosten veranschlagt, jedoch ohne Herrichtung des Mauerwerks sowie ohne Abpflanzungen der untergeordneten Sammelstellen.

Im Einzelnen setzen sich die Summen wie folgt zusammen:  
(Hinweis: Es ist zu berücksichtigen, dass gerundete Ansätze benannt werden)

**1.75000.51038.999**

**Sanierung der Eingangsbereiche Friedhof Elisabethstraße u.a.**

- Unterhaltungskosten ( 2.500,00 € lt. S. 4 der Anlage zur Sitzung vom 28.02.2008 zuzüglich 900,00 € lt. S. 1 v.g. Anlage für die ursprünglich in 2009 geplanten Umpflanzungen)	3.400,00 €
- Herrichtung Tore ( s.S. 3 , 1.600,00€+ 800,00 €)	2.400,00 €
- Herrichtung Mauerwerk ( lt. Kalkulation Fachdienst Gebäudemanagement inkl. Kostenvoranschlag Steinmetz)	11.600,00 €
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>17.400,00 €</b>

**1.75000.60002.999 Leistungen des EBSBB**

- Unterhaltungskosten ( 4.300,00 € lt. S. 4 der Anlage zur Sitzung vom 28.02.2008 zuzüglich 1.300,00 € lt. S. 1 v.g. Anlage für die in 2009 geplanten Umpflanzungen)	5.600,00 €
- Herrichtung Tore ( s.S. 3 der Anlage)	6.200,00 €
- Herrichtung Mauerwerk ( lt. Kalkulation Fachdienst Gebäudemanagement)	2.950,00 €
<b>Gesamtkosten:</b>	<b>14.750,00 €</b>

Ursprünglich waren in der Anlage zur Sitzung am 28.02.2008 für die Unterhaltungsmaßnahmen insgesamt 6.800,00 € (4.300,00 € Eigenbetrieb+ 2.500,00 € Material) veranschlagt. Hinzu kommen nunmehr 2.200,00 € (1.300,00 € Eigenbetrieb+ 900,00 € Material) für die untergeordneten Abfallsammelstellen. Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von 9.000,00 €.

Die Summe in Höhe von 8.600,00 € (6.200,00 € Eigenbetrieb + 2.400,00 € Material) für die Herrichtung der Tore bleibt unverändert.

Hinzu kommt neu die Herrichtung des Mauerwerks in Höhe von 14.550,00 € (2.950,00 € Eigenbetrieb+11.600,00 € Material).

Summiert man die Positionen für den Eigenbetrieb, ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 14.750,00 €, für die Materialkosten ergibt sich eine Gesamtsumme in Höhe von 17.400,00 €.

Im Anschluss wurde über den bereits in der Sitzung des Ausschusses am 28.02.2008 eingereichten **Antrag der SPD- Fraktion** beraten, der 6 Punkte umfasst und der Niederschrift zur Sitzung am 28.02.2008 bereits als Anlage beigefügt war.

### **Zu Pkt. 1- Digitale Bodenbelastungskarte**

Aufgrund der zuvor seitens Herrn Heuckmann gemachten Ausführungen wurde der Punkt als erledigt betrachtet.

### **Zu Pkt. 2- Förderung Energiepässe-**

Seitens der Vertreter der Verwaltung wurde darauf hingewiesen, dass es sich um eine gesetzliche Verpflichtung handele. Daher werde eine Förderung für nicht erforderlich erachtet. Fraglich sei auch, nach welchen Kriterien die Förderung erfolgen solle. Seitens des Fachdienstes Natur und Umwelt könne man sich eher vorstellen, den Bereich Beratung/ Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Thema finanziell zu fördern.

Ratsmitglied Linnemann erklärte, dass zu diesem Thema auch ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einrichtung einer Planstelle Energiekonzepte/-beratung im Haupt -und Finanzausschuss gestellt worden sei. Im Übrigen erachte sie den Ansatz von 5.000,00 € als zu gering. Sie werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Ratsmitglied Beelmann kritisierte, dass ein Antrag gestellt werde, Geld in den Haushalt einzustellen, ohne vorher Kriterien aufzustellen, wie dieses Geld verteilt werden solle.

Ratsmitglied Pott erklärte, er sehe die Stadt in einer Vorreiterfunktion. Ratsmitglied Sadlau ergänzte, es solle ein Anreiz geschaffen, den großen Energiepass erstellen zu lassen, um so die Eigentümer zur Umsetzung von Energieeinsparungsmaßnahmen zu motivieren.

Ratsmitglied Haske erkundigte sich, ob die Verwaltung sich Gedanken darüber gemacht habe, welchen Pass sie für städtische Gebäude erstellen lassen wolle.

Herr Meier äußerte, dass die Erstellung des großen Energiepasses beabsichtigt sei, da daraus Maßnahmen entwickelt werden können. In diesem Zusammenhang gebe es eine Prioritätenliste, die abgearbeitet werde. Allerdings sei der Aufwand zur Ermittlung der benötigten Daten entsprechend hoch.

Ratsmitglied Tarner bezweifelte, dass es sinnvoll sei, die Erstellung eines Energiepasses zu fördern, da fraglich sei, ob ein Eigentümer das notwendige Kapital für Energiesparmaßnahmen zur Verfügung habe, wenn nicht einmal das Geld für die Erstellung des Ausweises vorhanden sei.

Herr Klaes resümierte die vorgebrachten Äußerungen dahingehend, dass es Wunsch sei, den beantragten Betrag in die 3. Änderungsliste aufzunehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 6 Nein 3 Enthaltung 3

### **Zu Pkt. 3- Errichtung Behinderten-WC in der Innenstadt**

Ratsmitglied Mücke wies daraufhin, dass die Durchführung der Maßnahme an sich feststehe, es fehle bisher lediglich an dem geeigneten Standort.

Auch Herr Klaes betonte, dass mit der Maßnahme begonnen werde, sobald der Standort feststehe.

Ratsmitglied König unterstrich, dass die Beratungen zu diesem Thema derzeit in vollem Gange seien.

Ratsmitglied Beelmann wies daraufhin, dass die Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr nicht gegeben sei und daher kein Beratungs- und Entscheidungsbedarf bestehe.

#### **Zu Pkt. 4- Einrichtung Haltstelle Lupinenweg**

Herr Meyer trug zu diesem Punkt vor. An der Vellerner Straße befinde sich das Baugebiet N 67 zwischen den ÖPNV-Haltstellen Im Vinkendahl und Kopernikus- Gymnasium , wobei die Haltstelle Im Vinkendahl ca. 150 m stadtauswärts vom Lupinenweg und die Haltstelle Gymnasium ca. 300 m stadteinwärts vom Lupinenweg entfernt seien. Beide Haltstellen werden von den Linien 432 und T 43 angefahren und im Rahmen der Schülerbeförderung benötigt. Insofern würde eine Verlegung der Haltstelle Im Vinkendahl zum Lupinenweg die Schulwegsituation aus dem Bereich Im Vinkendahl erheblich beeinträchtigen. Die Einrichtung einer zusätzlichen dritten Haltstelle in diesem Bereich habe der Regionalverkehr Münsterland aufgrund der kurzen Entfernungen für nicht erforderlich gehalten. Dieser Auffassung schließe sich auch die Verwaltung an und schlage daher vor zu beschließen, keine weitere Haltstelle einzurichten. Der Vorschlag der SPD-Fraktion solle jedoch im Rahmen eines gemeinsamen Ortstermins erörtert und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

Ratsmitglied Pott erklärte, es gelte abzuwägen, ob den Schulkindern zugemutet werden könne, ca. 150 m weiter bergab zu laufen oder von den überwiegend älteren Bewohner des Baugebietes verlangt werden könne, ca. 150 m bergauf zu laufen.

Ratsmitglied Beelmann gab zu bedenken, dass eine eventuelle Veränderung nur unter Berücksichtigung der Schulwegeplanung in Betracht komme.

Einvernehmen bestand zu folgendem

#### **Beschlussvorschlag:**

Eine weitere Haltestelle wird nicht eingerichtet. Im Rahmen eines Ortstermins soll geklärt werden, ob gegebenenfalls eine Verlegung der Haltestelle vom Vinkendahl zum Lupinenweg unter Berücksichtigung der Schulwegeplanung möglich ist.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

#### **Zu Pkt.5- Schaffung von Lagerraum für Museumsinventar**

Ratsmitglied Tarner äußerte sein Erstaunen über den Antrag und fragte an, ob der Verwaltung der Platzmangel nicht bekannt sei.

Seitens Herrn Klaes wurde darauf hingewiesen, dass eine eventuelle Einlagerung von Gegenständen zukünftig im Obergeschoss des Dormitoriums an der Südstraße angedacht sei.

Auf eine Abstimmung wurde daher verzichtet.

#### **Zu Pkt. 6- Aufrechterhaltung des ÖPNV in den Abendstunden, an Wochenenden und Feiertagen bzw. Kostenermittlung für Anruf-Sammel-Taxi oder Ähnliches**

Herr Meyer trug zu diesem Punkt vor. Das Bus- und Taxi-Bus-Angebot in Beckum konzentriere

sich derzeit auf die Hauptnachfragezeiten (montags bis freitags von ca. 6.00 Uhr bis 19.00 Uhr sowie samstagsvormittags von ca. 6.00 Uhr bis 14.00 Uhr). In den Schwachverkehrszeiten, d.h. in den Abendstunden und am Wochenende, sei das Angebot dagegen deutlich reduziert, da aufgrund der geringen Nachfrage ein Linienbus-Einsatz nicht tragbar wäre. Die vorhandene Verkehrsstruktur entspreche den Forderungen/ Vorgaben des 2. Nachverkehrsplanes des Kreises Warendorf.

Eine Verbesserung des Verkehrsangebotes in den Zeiten geringerer Fahrgastnachfrage sei nur durch die Einführung zusätzlicher bedarfsgesteuerter Verkehrssysteme,- z.B. eines AnrufSammelTaxis (AST) – realisierbar. Die Kosten eines solchen Systems seien jedoch ausschließlich durch die Stadt Beckum zu tragen.

Ein besonderer öffentlicher Bedarf oder eine besondere öffentliche Nachfrage an einem solchen AST-System sei bisher an die Verwaltung noch nicht herangetragen worden. Ein solcher Bedarf sei vor Einführung eines solchen Systems ohnehin nicht exakt abschätzbar.

Bereits im Jahr 2000 sei die Einführung eines AST-Systems in Beckum geprüft worden. Danach betragen bei Einführung eines AST-Systems die einmaligen Einrichtungskosten ca. 20.000,00 €, die jährlichen Kostendeckungsfehlbeträge, die jeweils im Haushalt bereit zu stellen seien, betragen danach rd. 26.000,00 €. Demnach betragen die Kosten eines solchen Systems im ersten Jahr ca. 46.000,00 € und in den Folgejahren jeweils ca. 26.000,00 €. Hierbei handele es sich um Erfahrungswerte in vorhandenen Projektstädten. Die Höhe der jährlichen Betriebskosten sei abhängig vom Angebotsvolumen sowie vom Grad der Inanspruchnahme.

Letztmalig sei ein Antrag der SPD-Fraktion auf Einführung des AST-Systems im Rahmen der Beratung des Entwurfs der Haushaltssatzung 2002 in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.01.2002 abgelehnt worden.

Nach Abwägung der Darlegungen werde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Beschluss zu fassen, dass in der Stadt Beckum ein AST-System nicht eingerichtet werden solle.

Ratsmitglied Beelmann äußerte die Ansicht, dass kein Bedarf für ein solches System bestehe. Im Übrigen seien im Kosten-Nutzen-Verhältnis die Kosten zu hoch.

Ratsmitglied Linnemann wehrte sich gegen die Behauptung, dass kein Bedarf vorhanden sei, nur weil bisher keine Nachfrage zu verzeichnen sei.

Ratsmitglied Pott widersprach ebenfalls der Auffassung, dass kein Bedarf vorhanden sei. Auf seine Nachfrage wurde seitens Herrn Meyer erklärt, dass die Möglichkeit eines ehrenamtlichen Kleinbusverkehrs bisher nicht geprüft worden sei.

Ratsmitglied Sadlau bat daher die Verwaltung um entsprechende Recherche.

### **Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein ehrenamtlicher Kleinbus-Verkehr o. ä. für eine Personenbeförderung in den Abendstunden in Frage kommt. Erforderliche Haushaltsmittel sollen dann in 2009 bereitgestellt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja 12 Nein 0 Enthaltung 0

Ratsmitglied Tarner erkundige sich zur Beleuchtung des Platzes der Städtepartnerschaft in Neubeckum, ob der Ausschuss für dieses Thema zuständig sei, da seine Fraktion die Idee habe, die derzeitigen Leuchten vom Marktplatz Beckum auf dem Platz der Städtepartnerschaft in Neubeckum anzubringen und den Marktplatz Beckum mit den Leuchten zu gestalten, die bereits

auf der Nordstraße angebracht seien.

Herr Fernkorn erläuterte, dass die eigentliche Zuständigkeit beim Fachdienst Wirtschaftsförderung und Flächenmanagement liege, dieser aber bereits den Fachdienst Tiefbau beauftragt habe, sich um entsprechende Beleuchtung zu kümmern. Ein Angebot der EVB liege bereits vor. Für den Platz der Städtepartnerschaft sei eine Beleuchtung in einfacher Ausführung ausgewählt worden. Der Ab- und Aufbau der Leuchten sowie die entsprechende Kabelverlegung bei Umsetzung des Vorschlags der FDP-Fraktion seien erheblich teurer. Seitens der Verwaltung werde jedoch in Erwägung gezogen, den Marktplatz mit Bodenstrahlern auszuleuchten.

Herr Heuckmann wies unter Bezugnahme des Antrages der FWG-Fraktion aus 2007 zum Werseradweg daraufhin, dass der Radweg weitestgehend fertig gestellt sei. Einige Maßnahmen seien noch im Rahmen der laufenden Unterhaltung umzusetzen, diesbezüglich seien jedoch keine weiteren Haushaltsmittel erforderlich.

In diesem Zusammenhang erwähnte Ratsmitglied Haske, dass ein Teilstück des Radweges hinter der Kleingartenanlage regelmäßig unter Wasser stehe.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die durch die Fachbereiche Bauverwaltung, Tiefbau und Umwelt (FB 7) sowie Sicherheit und Ordnung (FB 3) und den Fachdienst Gebäudemanagement (im FB 8) zu bewirtschaftenden Haushaltsstellen werden unter Berücksichtigung der gewünschten Änderungen beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

geändert beschlossen      Ja 9    Nein 2    Enthaltung 1

### **5. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Beckum Vorlage: 2008/0045 Beratung**

Frau Janz trug mit Hinweis auf die Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt vor. Bei der vorliegenden Änderung handele es sich um eine inhaltlicher und nicht gebührenrechtlicher Art. Daher sei die Zuständigkeit des Ausschusses zur Beratung gegeben. Ziel sei es, die Einführung der getrennten Gebühr – insbesondere unter dem Aspekt der Begrenzung schwebender Gebührenbescheide- zum 01.01.2009 einzuführen. Dieser Termin sei in Absprache mit der zwischenzeitlich mit der Politik gegründeten Arbeitsgruppe „Zukunft der Entwässerung“ abgestimmt. Diese habe erstmals am 27.02.2008 getagt. Um den Termin 01.01.2009 einhalten zu können, sei kurzfristig eine Reihe von vorbereitenden Maßnahmen durchzuführen. Hierzu gehöre u.a. die Vorgehensweise zur Ermittlung der erforderlichen Daten und Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Verarbeitung personenbezogener Daten. Es sei beabsichtigt, die erforderlichen Daten sowohl über Katasterdaten des Kreises als auch über eine Frageaktion der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln. Der weitere zeitliche Ablauf sehe vor, die Änderung der Satzung am 24.04.2008 im Rat zur Entscheidung vorzulegen. In der Sitzung am 08.05.2008 solle dann der Ausschuss die notwendigen Systementscheidungen treffen. Ziel sei es, den noch zu erstellenden Fragebogen ca. ein bis zwei Wochen vor den Sommerferien der betroffenen Personengruppe zuzuschicken.

Ratsmitglied Sadlau erkundigte sich, ob das Urteil des OVG Münster vom 18.12.2007 zwischenzeitlich rechtskräftig geworden sei.

Dieses wurde seitens Frau Janz verneint. Sie wies jedoch daraufhin, dass nach Einschätzung des Städte- und Gemeindebundes die Entscheidung bestätigt werde.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage zur Vorlage beigefügte 5. Satzung zur Änderung der Beitrags- und

Gebührensatzung der Stadt Beckum wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

ungeändert beschlossen     Ja 12   Nein 0   Enthaltung 0

**6. Anfragen**

Ratsmitglied Haske wies daraufhin, dass sich nach seinem Hinweis bezüglich der Unebenheiten auf dem Radweg von der B 58 zum Parkfriedhof bisher keine Änderung ergeben habe.

Des Weiteren bat Ratsmitglied Haske Herrn Heuckmann nochmals um kurze Erläuterung des Begriffs Harnstoffe, den Herr Faber in der letzten Ausschusssitzung in Zusammenhang mit der SNCR-Anlage, Fa. Phönix, erwähnt habe.

Hierzu erläuterte Herr Heuckmann, es handele sich um eine pulverförmige, feste und kristalline Substanz, die eine hohe Wasserbindungsfähigkeit aufweise. Harnstoff (Stickstoffgehalt 46 %) werde als Reduktionsmittel für Stickoxide eingesetzt.

Ratsmitglied Linnemann erkundigte sich, ob die Laternen am Radweg zwischen Beckum und Roland mit Energiesparleuchten ausgestattet seien.

Dieses wurde seitens Herrn Fernkorn bejaht.

Ratsmitglied Pott kritisierte, dass zu folgenden von ihm angefragten Problemen in der Sitzung des Ausschusses am 24.01.2008 bisher keine Veränderung eingetreten sei:

- a) Baustelle im Bereich Vorhelmer Straße/Eigenbetrieb
- b) Überflutung des Spielplatzes am Hellbach
- c) Herstellung der Wege am Hellbach

Zu a) äußerte Herr Fernkorn, dass die Kanalbaustelle aufgrund der Witterung bisher nicht endgültig fertig gestellt sei; es fehle der Asphaltfeinbeton.

Zu b) und c) wies Herr Heuckmann daraufhin, dass aufgrund der Witterungsverhältnisse in den letzten Wochen die erforderlichen Arbeiten nicht durchgeführt werden konnten.

Des Weiteren fragte Ratsmitglied Pott an, ob die Maßnahme Stichelbach im angekündigten Zeitraum von 2 Monaten durchgeführt werden könne.

Hierzu erläuterte Herr Heuckmann, dass die Maßnahme aufgrund der Wetterlage eine Stillstandzeit von 4-5 Wochen zu verzeichnen habe und damit eine entsprechende Verlängerung der Bauzeit zu erwarten sei.

Ratsmitglied Pott regte an, die Bauzeiten bei diesen Maßnahmen künftig flexibler darzustellen, um nicht bei den Anliegern bzw. Betroffenen Erwartungen zu wecken, die dann witterungsbedingt nicht eingehalten werden können.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 24.04.2008

gez.  
Joachim Mücke  
(Vorsitz)

Beckum, den 22.04.2008

gez.  
Gabriele Günnewig  
(Schriftführung)